

Merkblatt für die Fachgesellschaften über technisch-administrative Rechtsprobleme bei der Durchführung von Facharzt- und Schwerpunktprüfungen

1. Die Prüfungsreglemente in Ziffer 4 des jeweiligen Weiterbildungsprogramms sind auf der Website des SIWF publiziert. Allfällige Ausführungsbestimmungen der Fachgesellschaft sollten auf der Website der Fachgesellschaft aufgeschaltet sein. Sowohl in der Prüfungsausschreibung als auch in weiteren Informationen an die Kandidatinnen und Kandidaten soll auf die Fundstellen für die aktuellen Prüfungsbestimmungen hingewiesen werden (Link zu SIWF und Fachgesellschaft).
2. Seit 1. Januar 2010 dürfen Sie nur noch Ärztinnen und Ärzte zur Facharztprüfung zulassen, welche über ein **eidgenössisches** oder ein **von der MEBEKO anerkanntes ausländisches Arzt Diplom** verfügen (Art. 23 Abs. 4 WBO).

Nicht zulassen dürfen Sie Ärztinnen und Ärzte, welche **nur über ein «registriertes» Diplom** verfügen, welches von der MEBEKO gestützt auf die seit dem 1.1.2018 geltende gesetzliche Grundlage überprüft und im Medizinalberuferegister eingetragen worden ist (Drittstaatsdiplom). Dies ist auf der Verfügung der MEBEKO und im [Medizinalberuferegister \(MedReg\)](#) ersichtlich.

Einzige Ausnahme hiervon kann gestützt auf Art. 69 Abs. 3bis WBO bei denjenigen Ärztinnen und Ärzten gemacht werden, welche bereits vor dem 1.1.2010 in der Schweiz in Weiterbildung waren und welche mittels einer von der Geschäftsstelle des SIWF ausgestellten rechtsverbindlichen Standortbestimmung nachweisen, dass sie sämtliche Bedingungen des entsprechenden Weiterbildungsprogramms erfüllen.

Allfällige weitergehende Zulassungsbedingungen sind in den jeweiligen Weiterbildungsprogrammen definiert. Darüber hinaus dürfen jedoch keine zusätzlichen Forderungen für die Zulassung (z.B. im Rahmen der Prüfungsanmeldung) gestellt werden.

Da die Nichtzulassung zur Facharztprüfung gemäss Art. 23 Abs. 3 WBO eine anfechtbare Verfügung darstellt, muss diese eine Rechtsmittelbelehrung enthalten und per Post an eine Adresse in der Schweiz geschickt werden.

«Gegen den Entscheid über die Nichtzulassung zur Facharztprüfung kann innert 30 Tagen ab schriftlicher Eröffnung bei der Einsprachekommission Weiterbildungstitel (SIWF, Einsprachekommission WBT, c/o FMH, Postfach, 3000 Bern 16) Einsprache erhoben werden (Art. 23 und 58 ff. WBO). Die Einspracheschrift ist in einer Amtssprache abzufassen und schriftlich bei der Einspracheinstanz einzureichen. Sie hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und Unterschrift des Einspracheführers oder seines Vertreters zu enthalten. Der angefochtene Entscheid und die Beweismittel sind, soweit sie der Einsprecher in Händen hat, beizulegen. Die Einspracheschrift ist im Doppel einzureichen.»

3. Gemäss Art. 25 der WBO kann mit dem Einverständnis des Kandidaten auch eine mündliche/praktische Prüfung auf Englisch erfolgen. Sieht die Prüfungskommission dies vor, ist in der Prüfungsausschreibung auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Der Kandidat muss bei der Prüfungsanmeldung seine Zustimmung geben.
4. Immer wieder glauben Absolventen der Facharztprüfung, allein mit dem Beleg über die bestandene Facharztprüfung Anrecht auf die Erteilung des Facharztstitels zu haben. Um diesem verbreiteten Missverständnis vorzubeugen, bitten wir Sie, folgende explizite Formulierung in allen Ihren Prüfungsentscheiden einzufügen:

«Dieser Ausweis über die bestandene Facharztprüfung gibt keinen Anspruch auf die Erteilung des Facharztstitels. Hierzu sind sämtliche Bedingungen des Weiterbildungsprogramms nachzuweisen und die entsprechenden Unterlagen zusammen mit dem Gesuchsformular beim SIWF einzureichen. (vgl. [Merkblatt über die Einreichung der zwingend notwendigen Dokumente für den Erwerb eines Facharztstitels oder Schwerpunktes](#)).»

5. Jeder Entscheid über eine nicht bestandene (Teil-)Prüfung muss eine Rechtsmittelbelehrung beinhalten.

«Gegen den Entscheid der Prüfungskommission kann innert 60 Tagen ab schriftlicher Eröffnung bei der Einsprachekommission Weiterbildungstitel (SIWF, Einsprachekommission WBT, c/o FMH, Postfach, 3000 Bern 16) Einsprache erhoben werden (Art. 27 und 58ff der WBO). Die Einspracheschrift ist in einer Amtssprache abzufassen und schriftlich bei der Einspracheinstanz einzureichen, Sie hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und Unterschrift des Einspracheführers oder seines Vertreters zu enthalten. Der angefochtene Entscheid und die Beweismittel sind, soweit sie der Einsprecher in Händen hat, beizulegen. Die Einspracheschrift ist im Doppel einzureichen.»

Wird innert Frist keine Einsprache eingereicht, erwächst der Entscheid der Prüfungskommission in Rechtskraft und kann vor der EK WBT nicht mehr angefochten werden. Auch die Titelkommissionen sind im Rahmen des Titelerteilungsverfahrens an ihn gebunden und können ihn inhaltlich nicht überprüfen.

6. Jeder Prüfungsentscheid ist datiert, unterzeichnet und beinhaltet die Bezeichnung der Prüfung, das Prüfungsergebnis sowie den Adressaten. Es handelt sich bei Prüfungsentscheiden um Verfügungen, weshalb diese per Post an eine Adresse in der Schweiz übermittelt werden müssen. Alle negativen Entscheide sind zudem mit «Einschreiben» zu versenden, damit im Zweifelsfall überprüft werden kann, ob die 60-tägige Einsprachefrist gewahrt worden ist. Im Übrigen ist das [«Merkblatt für Einsprachen gegen eine nicht bestandene Facharzt- oder Schwerpunktprüfung»](#) jeweils mitzuschicken.

7. Die Prüfungskommission muss der Kandidatin / dem Kandidaten innerhalb der 60-tägigen Einsprachefrist Gelegenheit zur Einsicht in ihre Prüfungsunterlagen bieten, wenn dies von ihnen beantragt wird. Dies gilt unabhängig davon, ob bereits eine Einsprache erfolgt ist. Hierzu ist auf dem Prüfungsentscheid eine Kontaktstelle anzugeben. Bei Abwesenheit der verantwortlichen Person ist eine Stellvertretung zu organisieren.

Will die Prüfungskommission die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen nach Ablauf der Einsprachefrist verweigern, muss sie das in einem schriftlichen Entscheid machen und diesen mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen.

8. Bezüglich Umfang und Umsetzung des Einsichtsrechts soll die Prüfungskommission die entsprechenden Empfehlungen berücksichtigen (vgl. [Ziff. 2 des Merkblatts für Einsprachen gegen nicht bestandene Facharzt- oder Schwerpunktprüfungen](#)).
9. Soweit im Weiterbildungsprogramm vorgesehen, können Sie anstelle eines Prüfungsprotokolls die mündliche Prüfung auf Tonträger aufnehmen. Spätestens in einem allfälligen Beschwerdeverfahren vor Bundesverwaltungsgericht sind die Aufnahmen in eine Abschrift umzuwandeln. Bei nicht bestandenen Prüfungen ist nach der Prüfung die Tonaufzeichnung zu kontrollieren, damit im Falle eines Defektes umgehend ein nachträgliches Protokoll verfasst werden kann.

Prüfungsprotokolle sind zu datieren und zu unterzeichnen.

→ Bei ungenügenden Prüfungen ist ein ausführliches Protokoll zu verfassen. Der Ablauf der Prüfung und die Begründung des negativen Prüfungsbescheides müssen anhand des Protokolls klar nachvollziehbar sein.

10. Nach Eingang der Einsprache fordert die Einsprachekommission die Prüfungskommission zur Stellungnahme und zur Einreichung der vollständigen, den Kandidaten betreffenden Prüfungsunterlagen auf. Bitte gehen Sie in Ihrer Stellungnahme auf alle Vorbringen ein.
11. Sämtliche Prüfungsunterlagen sind nach Eröffnung der Resultate in jedem Fall während mindestens 2 Jahren aufzubewahren. Wird Einsprache erhoben, müssen alle Unterlagen dieser Prüfung (von allen Kandidatinnen und Kandidaten) bis zum rechtskräftigen Abschluss des Einspracheverfahrens aufbewahrt werden (vgl. analoge Regelung zu Art. 21 der Verordnung vom 26. November 2008 über die eidgenössischen Prüfungen der universitären Medizinalberufe (Prüfungsverordnung MedBG), SR 811.113.3).
12. Die Prüfungsergebnisse sind **vertraulich** und dürfen nur dann an Dritte (d.h. auch nicht an andere Vertreter oder Stellen der Fachgesellschaft) weitergegeben werden, wenn die geprüfte Person ausdrücklich damit einverstanden ist (Datenschutz, Persönlichkeitsschutz). Zugang zu den nicht anonymisierten Prüfungsergebnissen haben ausschliesslich die Prüfungskommission und das Prüfungssekretariat (im Einspracheverfahren die Einsprachekommission), nicht aber weitere Fachgesellschaftsgremien. Die Fachgesellschaften bzw. die Prüfungskommissionen sind hingegen frei, die Prüfungsergebnisse in anonymisierter Form zu Studienzwecken freizugeben.
13. Wir empfehlen Ihnen, zusätzlich zum Prüfungsreglement noch interne Ausführungsbestimmungen zur Durchführung der Prüfungen zu erlassen, insbesondere mit wichtigen Hinweisen an die Experten (z.B. Befangenheitsgründe, Vorgehen an der Prüfung, Bewertungskriterien, etc.).

→ Vor den Prüfungen ist jeweils sicherzustellen, dass die Prüfungsreglemente und Ausführungsbestimmungen noch mit dem aktuell geplanten Prüfungsablauf übereinstimmen (Dauer, Anzahl Fälle, Experten etc.). So können die Bestimmungen bei Bedarf rechtzeitig angepasst und damit unnötige Einspracheverfahren vermieden werden.

14. Sonderfall **European Board Examen**: Ist als Prüfungsteil ein European-Board-Examen vorgesehen, sind von der Fachgesellschaft folgende Punkte sicherzustellen:
 - Die Kandidaten müssen die Prüfung beliebig oft wiederholen können.
 - Das Prüfungsergebnis ist dem Kandidaten mit einer Rechtsmittelbelehrung schriftlich durch die Prüfungskommission der Fachgesellschaft zu eröffnen.
 - Die Prüfungskommission stellt sicher, dass die Kandidaten Einsicht in die Prüfungsunterlagen erhalten und gewährt ihnen dies auf Antrag der Kandidaten innerhalb der Rechtsmittelfrist.

- Die Prüfungskommission stellt sicher, dass im Falle einer Einsprache sämtliche Prüfungsunterlagen zumindest in Kopie der EK WBT ausgehändigt werden.
- Die Prüfungskommission ist Partei im Einspracheverfahren, nicht das European Board und muss daher dafür besorgt sein, dass die notwendigen Informationen eingeholt werden können.

Bei Unklarheiten oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an Barbara Linder, MLaw, SIWF, c/o FMH, Postfach, 3000 Bern 16, Tel. 031 503 06 00, E-Mail: info@siwf.ch